



Geschäftszeichen

Wolfenbüttel, den 7. Dezember 2011

N i e d e r s c h r i f t

über die 1. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit

-öffentlicher Teil-

Sitzungstermin:	Donnerstag, 24.11.2011
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	17:34 Uhr
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Vorsitz

Großer, Elke

Ordentliche Mitglieder

Boog, Thomas
Brücher, Bertold
Deitmar, Reinhard
Dinter, Ilona
Keye, Bernfried
Mühlenkamp, Ralf
Resch-Hoppstock, Sabine
Vogler, Birgit

Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)

Perli, Victor

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Harmel, Ralf	Vorsitzender der örtlichen Pflegekonferenz
Meinecke, Wilfried	Kreissenorenbeauftragter
Ring, Andreas	Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände

Protokollführer

Strohhäcker, Michael	Protokollführer
----------------------	-----------------

Von der Verwaltung

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende, Frau KAbg. Großer, eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit fest.

TOP 3 Verpflichtung der dem Kreistag und der Verwaltung nicht angehörenden Ausschussmitglieder

Frau KAbg. Großer begrüßt die nicht stimmberechtigten Mitglieder Herr Harmel, Herr Meinecke und Herr Ring im Kreise der Ausschussmitglieder. Die Verpflichtung zur gesetzlichen Amtsverschwiegenheit, dem Mitwirkungsverbot sowie dem Vertretungsverbot war vorab im schriftlichen Verfahren erfolgt.

TOP 4 Bestimmung der stellvertretenden Vorsitzenden bzw. des stellvertretenden Vorsitzenden (§ 24 Abs. 2 GO)

Herr KAbg. Deitmar schlägt Frau KAbg. Resch-Hoppstock als stellvertretende Vorsitzende vor. Der Ausschuss wählt sodann Frau KAbg. Resch-Hoppstock zur stellvertretenden Vorsitzenden.

TOP 5 Anfragen

TOP 5.1 Einwohnerfragestunde (§§ 16, 23 GO)

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP 5.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§§ 15 Abs. 2, 23 GO)

Von der Verwaltung

Klooth, Kathrin	Dezernentin III
Dr. von Nicolai, Dorothea	Leiterin des Gesundheitsamtes
Lehmann, Rüdiger	Leiter des Amtes für Arbeit und Soziales
Glasenapp, Jens	Verwaltungsleiter Gesundheitsamt
Löb, Susanne	Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte
Rosenthal, Thomas	Abteilungsleiter Allgemeine Sozialhilfe
Ziegenspeck, Anja	53
Strohhäcker, Michael	Protokollführer

Als Gäste

Vogel, Thomas	Geschäftsführer Jobcenter
Henze, Uwe	Abteilungsleiter Finanzen

Es fehlen:

Kreistagsabgeordnete

Brandes, Katrin

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
3. Verpflichtung der dem Kreistag und der Verwaltung nicht angehörenden Ausschussmitglieder
4. Bestimmung der stellvertretenden Vorsitzenden bzw. des stellvertretenden Vorsitzenden (§ 24 Abs. 2 GO)
5. Anfragen
 - 5.1. Einwohnerfragestunde (§§ 16, 23 GO)
 - 5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§§ 15 Abs. 2, 23 GO)
6. Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2012; hier: Teilhaushalte des Amtes für Arbeit und Soziales (TH 50) sowie des Gesundheitsamtes (TH 53)

Vorlage: XVII-0027/2011 – ist den Kreistagsmitgliedern mit Einladung für den Jugendhilfeausschuss vom 9. November 2011 bereits übersandt worden – und

Ergänzungsvorlage XVII-0039/2011 (für TH 50) sowie ergänzende Anlage zur Vorlage XVII-0027/2011 (für TH 53)

7. Sachstand Projekt „Zukunftsregion Gesundheit“ – mündlicher Bericht durch die Projektleiterin Frau Steinbrügge
 8. Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 85 Abs. 4 NKomVG)
-

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende, Frau KAbg. Großer, eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit fest.

Frau KAbg. Vogler erkundigt sich nach dem Sachstand hinsichtlich der angestrebten Einrichtung einer psychiatrischen Tagesklinik.

Frau Dr. von Nicolai teilt darauf hin mit, sie habe vor ca. 4 Wochen ein Gespräch mit Herrn Zauritz - Geschäftsführer des AWO-Psychiatriezentrums - geführt, in dessen Rahmen dieser angedeutet habe, dass mittlerweile eine Zwischenlösung erarbeitet worden sei, ein Gespräch mit der Stadt Wolfenbüttel aber noch ausstehe. Es sollte darauf hin ein Rückruf durch Herrn Zauritz erfolgen; dieser stehe jedoch noch aus.

Frau Klooth schlägt hierzu vor, dass eine erneute Nachfrage kurzfristig erfolgen solle; das Ergebnis könne dann mit dem Protokoll dieser Sitzung bekannt gegeben werden.

Anmerkung der Verwaltung: Am 25. November 2011 wurde durch Frau Dr. von Nicolai erneut telefonischer Kontakt zu Herrn Zauritz aufgenommen. Dieser erklärte, dass die Tagesklinik zum Ende des Ersten Quartals bzw. zum Beginn des Zweiten Quartals des Jahres 2012 an ihrem Interimsort, dem ehemaligen Waisenhaus in der Auguststadt, eröffnet wird. Vorab muss noch eine endgültige baufachliche Stellungnahme zu den nötigen Umbaumaßnahmen seitens der Stadt Wolfenbüttel erfolgen.

**TOP 6 Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2012;
hier: Teilhaushalte des Amtes für Arbeit und Soziales (TH 50) sowie des Gesundheitsamtes (TH 53)
Vorlage: XVII-0027/2011 - ist den Kreistagsmitgliedern mit Einladung für den Jugendhilfeausschuss vom 9. November 2011 bereits übersandt worden -**

**und Ergänzungsvorlage XVII-0039/2011 (für TH 50) sowie ergänzende
Anlage zur Vorlage XVII-0027/2011 (für TH 53)
Vorlage: XVII-0027/2011**

**TOP 6 Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das
Haushaltsjahr 2012; hier Teilhaushalte des Amtes für Arbeit und
Soziales (TH 50) sowie des Gesundheitsamtes (TH 53)
Vorlagen: XVII-0027/2011 und Ergänzungsvorlage XVII-0039/2011 /für
TH 50) sowie ergänzende Anlage zur Vorlage XVII-0027/2011 (für TH
53)**

Herr Lehmann stellt den Entwurf des Teilhaushaltes Amt für Arbeit und Soziales (TH 50) vor.
Anmerkung des Protokollführers: Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr KAbg. Brücher fragt hierzu nach, ob der erwartete weitere Zuwachs an Aufwendungen im Bereich der Leistungen nach dem SGB II trotz positiv prognostizierter Wirtschaftsentwicklung darauf zurückzuführen sei, dass die Regelleistungen dieser Hilfeart angehoben wurden. Zum geplanten Aufwand im Bereich der Leistungen nach dem SGB XII bittet KAbg. Brücher um Erläuterung, warum es angesichts der steigenden Beteiligung des Bundes an den Aufwendungen dennoch nicht zu einem Ausgleich zwischen Aufwand und Ertrag kommt.

Herr Lehman erklärt zunächst zum zweiten Teil der Fragestellung, dass es aufgrund der Steigerung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII auf 45 % zwar voraussichtlich zu erhöhten Einnahmen komme, allerdings im Hinblick auf die Anhebung der Regelsätze auch höhere Ausgaben zu erwarten seien. Aufgrund des noch nicht in Kraft getretenen Gesetzes zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen, welches die weitreichenden Bundesbeteiligungen vorsieht, solle die Höhe der zu erwartenden Erträge allerdings noch einmal nach oben korrigiert werden.

Zum ersten Teil der Fragestellung stellt Herr Lehmann dar, dass auch hier die Erhöhung der Regelsätze und die damit verbundene Ausweitung des Kreises der Leistungsberechtigten zur Folge habe, dass die erwarteten Mehraufwendungen durch die Erhöhung der Bundesbeteiligungen nicht gedeckt werden. Frau Klooth ergänzt diese Erklärung mit dem Hinweis, dass bei in Arbeit vermittelten Leistungsberechtigten nach dem SGB II systematisch das Einkommen zunächst immer erst auf die aus Bundesmitteln finanzierten Regelsätze, und erst im zweiten Schritt auf die durch die Kommunen getragenen Unterkunfts- und Heizungskosten angerechnet werde, so dass diese bei geringen Einkünften gar nicht oder weniger reduziert würden.

Frau KAbg. Großer fragt in diesem Zusammenhang nach, in wie weit sich die Zahl der Bedarfsgemeinschaften auch im Bereich des Jobcenters Wolfenbüttel verringert haben. Hierzu teilt der als Zuhörer anwesende Geschäftsführer des Jobcenters, Herr Vogel, mit, dass die Zahl der Bedarfsgemeinschaften zwar zurückgegangen sei, nicht aber in dem für den Bundesdurchschnitt ermitteltem Ausmaß.

Herr Glasenapp erläutert darauf hin im Rahmen eines mündlichen Vortrages die Haushaltsplanungen für den Teilhaushalt 53.

Fragen zu den beiden vorgestellten Teilhaushalten ergeben sich in der Folge nicht mehr.

Frau KAbg. Großer gibt kurze mündliche Erläuterungen zu der zur Drucksache XVII-0039/2011 vorliegenden Aufstellung über freiwillige Förderungen im Teilhaushalt 50.

Zu Anlage Nr. 2 - Schuldnerberatung – erläutert Frau Klooth, dass sich der Ansatz in Höhe von 130.000,00 € auf den Personenkreis der SGB II - Bezieher und der Ansatz in Höhe von 10.000,00 € auf den der SGB XII – Berechtigten beziehe. Man befände sich, so wird durch Frau Klooth weiter vorgetragen, darüber hinaus derzeit in Verhandlungen mit der AWO, die noch nicht abgeschlossen seien. Die Frage, in welcher Form und Höhe in Zukunft Leistungen tatsächlich abgegolten werden, soll daher in einer der nächsten Sitzungen nochmals aufgegriffen werden.

Herr KAbg. Perli bittet zu den Anlage-Nrn. 4 in Teilhaushalt 50 und 4 in Teilhaushalt 53 um Erläuterung, aus welchem Grund Mittel nicht in der beantragten Höhe eingestellt werden. Herr Lehmann und Herr Glasenapp weisen darauf hin, dass Mittel bereits in den letzten Jahren in dem erhöhten Umfang beantragt, die tatsächlich eingestellten Beträge aber auch in der Vergangenheit auf das jetzt für 2012 festgelegte Maß reduziert worden seien. Frau KAbg. Großer fügt hinzu, die Höhe der diskutierten Zuschüsse sei bereits vor längerer Zeit festgelegt worden, hier solle keine Änderung erfolgen.

Auf die Frage der KAbg. Resch-Hoppstock, ob ansonsten alle vorliegenden Zuschussanträge abgelehnt wurden, teilt Frau Klooth mit, dass im Herbst ein Antrag des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes für die Mitfinanzierung einer Wanderausstellung „Selbsthilfe“ abgelehnt wurde.

Frau Klooth greift noch einmal die sich ergebenden kurzfristigen Änderungen im Bereich des Teilhaushaltes 50 auf und stellt klar, dass die für das Jahr 2012 festgesetzten Einnahmen aufgrund des sich im Gesetzgebungsverfahren befindenden Gesetzes zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen und der sich daraus ableitenden Prognosen um einen Betrag von 351.100,00 € nach oben korrigiert werden sollen. Herr Lehmann ergänzt, dass, abweichend von der vorgelegten Beschlussempfehlung, der als freiwilliger Zuschuss angesetzte Betrag für die Förderung des Frauenhauses um 25.000,00 € reduziert werde. Beides soll in die Beschlussempfehlung eingearbeitet werden.

Nachdem die Vorsitzende die unter TOP 6 vorgesehene Beschlussempfehlung einschließlich der vorgetragenen Änderungen nochmals zusammenfassend dargestellt hat, ergeht nachfolgende

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt von der Sitzungsvorlage Nr. XVII-0039/2011 Kenntnis und empfiehlt einstimmig bei vier Stimmenthaltungen dem Kreisausschuss, dem Kreistag vorzuschlagen, den Teilhaushaltsplan für die Teilhaushalte 50 und 53 unter Berücksichtigung der nachfolgenden Änderungen zuzustimmen:

Der Ertrag wird auf 351.000,00 € erhöht. Der Zuschuss zur Förderung des Frauenhauses wird um 25.000,00 € reduziert.

TOP Vorlage: XVII-0039/2011

TOP 7 Sachstand Projekt "Zukunftsregion Gesundheit" - mündlicher Bericht durch die Projektleiterin Frau Steinbrügge -

TOP 7 Sachstand Projekt „Zukunftsregion Gesundheit“

Frau Steinbrügge und Frau Ziegenspeck informieren unter Zuhilfenahme einer visuellen Präsentation über den derzeitigen Sachstand des Projektes „Zukunftsregion Gesundheit“.

Anmerkung des Protokollführers: Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Hinsichtlich der Zusammensetzung der gebildeten Arbeitsgruppen fragt Frau KAbg. Großer nach, unter Zugrundelegung welcher Kriterien die Mitglieder rekrutiert wurden. Sie selbst habe sich für die Mitarbeit in einer Arbeitsgruppe gemeldet, wurde aber nicht berücksichtigt. Frau Ziegenspeck räumt darauf hin ein, dass bei den beteiligten Institutionen bereits vorhandene Strukturen, z.B. in Form eigener Workshops, genutzt wurden und eingebunden wurden. Dies könne aber auch zur Folge gehabt haben, dass andere Interessierte nicht in die Arbeitsgruppen aufgenommen wurden.

Zum Thema Nachwuchsgewinnung im Bereich der Ärzte in ländlich geprägten Bereichen merkt Herr Meinecke an, dass hier statistische Erhebungen erfolgt seien, die besonders für seine Heimatgemeinde Schöppenstedt ernüchternde Ergebnisse hervorgebracht hätten. Erst kürzlich sei bekannt geworden, dass für eine weitere Arztpraxis keine Nachfolge gefunden werden konnte, so dass diese schließen müsse.

Auf Anfrage der Frau KAbg. Resch-Hoppstock hinsichtlich möglicher Überschneidungen in den jeweiligen Themengebieten der Arbeitsgruppen stellt Frau Ziegenspeck klar, dass sie alle Arbeitsgruppen begleite und bei evtl. auftretenden Überschneidungen darauf achte, dass in den jeweiligen Feldern erarbeitete Ergebnisse sinnvoll miteinander verbunden würden, so dass es zu einer wirksamen Bündelung der Arbeitsergebnisse komme und keine Reibungsverluste entstünden.

Herr Ring kritisiert nach Abschluss des Berichtes der Verwaltung das Verfahren zur Bildung der Steuerungsgruppe und Erarbeitung der einzelnen Schwerpunktthemen. So seien die Wohlfahrtsverbände weder im Steuerungsteam vertreten, noch wäre es zu einem demokratischen Verfahren beim Setzen der zu bearbeitenden Themengebiete gekommen.

Die Anmerkungen des Herrn Ring werden darauf hin durch Frau Steinbrügge aufgegriffen, die deutlich macht, dass die Zusammensetzung der lokalen Steuerungsgruppe auf Empfehlungen einer auf Landesebene gebildeten Steuerungsgruppe basiere. Ähnlich verhalte es sich auch mit den Hauptthemengebieten. Es seien aber, so Frau Steinbrügge weiter, neben anderen Institutionen, auch die örtlich agierenden Wohlfahrtsverbände zur Gesundheitskonferenz eingeladen gewesen. Im Rahmen dieser Gesundheitskonferenz wurden die Schwerpunktthemen diskutiert, es habe aber auch die Möglichkeit für die Teilnehmer bestanden, weitere, bisher nicht genannte Gebiete zu benennen, in denen Handlungsbedarf gesehen wurde.

Herr Harmel ergänzt diese Ausführungen dahingehend, dass die Wohlfahrtsverbände in den einzelnen Arbeitsgruppen sehr wohl vertreten seien und hier im Rahmen der Schwerpunktthemen tatkräftig mitarbeiteten.

Zur Ergänzung der als Bestandteil des Protokolls beigelegten Präsentation zu dem vorgenannten Themengebiet erarbeiteten „Versorgungslandkarte“ bittet Frau KAbg. Großer noch um Erstellung einer Legende als Erläuterung der in der eigentlichen Karte beschriebenen Versorgungsbereiche.

Anschließend hebt Frau KAbg. Großer noch hervor, dass die Einrichtung eines zentralen ärztlichen Bereitschaftsdienstes am Städtischen Klinikum zum 1. März 2012 als Erfolg zu werten sei. Frau KAbg. Resch-Hoppstock begrüßt grundsätzlich auch die Einführung des Bereitschaftsdienstes, es sei aus ihrer Sicht jedoch erforderlich, zunächst abzuwarten, welche möglichen Schwächen das ins Leben gerufene System mit sich bringe, bevor eine endgültige Einschätzung abgegeben werden könne.

TOP 8 Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 85 Abs. 4 NKomVG)

Frau Klooth berichtet, nach der konstituierenden Sitzung des Kreistages seien im Bereich der nicht stimmberechtigten Ausschussmitglieder eigentlich der Kreissenorenbeauftragte sowie ein Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der Seniorenkreise als Mitglieder vorgesehen gewesen. Da Herr Meinecke jedoch sowohl Kreissenorenbeauftragter sei, als auch den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft der Seniorenkreise ausübe, wurde angeregt, lediglich ein Mitglied für beide Funktionen zu entsenden. Herr Meinecke bestätigt, diese Vorgehensweise sei mit der Arbeitsgemeinschaft so abgestimmt und würde von dieser mit getragen.

Weiterhin informiert Frau Klooth darüber, dass Herr Lehmann, sobald ein geeigneter Nachfolger gefunden sei, seine Tätigkeit als Amtsleiter des Amtes für Arbeit und Soziales beenden werde.

Frau KAbg. Großer schließt die Sitzung um 17:34 Uhr und dankt den Anwesenden.

Großer
(Vorsitzende)

Klooth
(Dezernentin)

Strohhäcker
(Protokollführer)

Vorsitzender

Protokollführer/in